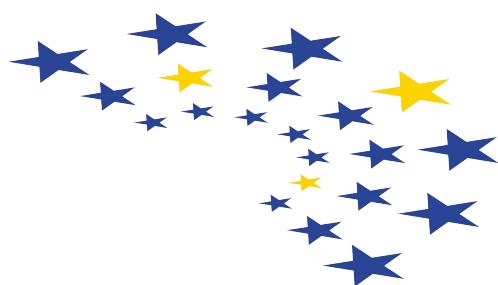


AZUBI- UND SCHÜLERFORUM IN NÜRNBERG

12. - 14. JULI 2023

RESOLUTIONSHEFT

FÜR DIE PARLAMENTARISCHE VOLLVERSAMMLUNG



EUROPEAN **YOUTH** PARLIAMENT
DEUTSCHLAND GERMANY



INHALT

3	Programm
4	EMPL Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
6	LIBE Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
8	TRAN Ausschuss für Verkehr und Tourismus
10	DROI Ausschuss für Menschenrechte
12	ENVI Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
14	ECON Ausschuss für Wirtschaft und Währung
16	Mitmachen

Europäisches Jugendparlament
in Deutschland e.V.
MACHWERK in der Alten Münze
Am Krögel 2
10179 Berlin

- ✉ info@eyp.de
- 🌐 www.eyp.de
- 📞 +49 (0) 30 62 93 83 28
- 👤 @eypde



PROGRAMM

07:15 - 08:00 Uhr	Ausschussinterne Vorbereitungszeit
08:00 - 08:15 Uhr	Einlass zur Parlamentarischen Vollversammlung
08:15 - 08:35 Uhr	Begrüßungsreden
	Cornelia Trinkl, Stadträtin der Stadt Nürnberg
	Marlene Mortler, Abgeordnete im Europäischen Parlament
	Tessa Ganserer, Abgeordnete des Deutschen Bundestages
	Barbara Gittel, Schulleiterin
08:35 - 08:45 Uhr	Erklärung der Regeln und des Ablaufs
08:45 - 09:10 Uhr	Debatte Ausschuss EMPL
09:10 - 09:35 Uhr	Debatte Ausschuss LIBE
09:35 - 09:50 Uhr	Pause
09:50 - 10:15 Uhr	Debatte Ausschuss TRAN
10:15 - 10:40 Uhr	Debatte Ausschuss DROI
10:40 - 10:55 Uhr	Pause
10:55 - 11:20 Uhr	Debatte Ausschuss ENVI
11:20 - 11:45 Uhr	Debatte Ausschuss ECON
11:45 - 12:00 Uhr	Abschluss des Azubi- und Schülerforums Nürnberg



RESOLUTION DES AUSSCHUSSES FÜR BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE ANGELEGENHEITEN (EMPL)

Weniger arbeiten, gleiches Gehalt - Viele Menschen in der EU leiden unter arbeitsbedingtem Stress. Eine 4-Tage-Woche für Arbeitnehmende ist mittlerweile eine vorstellbare Alternative zur gewohnten Regelarbeitszeit. Jedoch ist diese in einigen betroffenen Berufsgruppen oft nur begrenzt möglich. Wie könnte die EU allen Bürger*innen einen besseren Ausgleich zwischen Berufs- und Privatleben ermöglichen?

Vorgelegt von: Baran (WFL10a), Christian (WFL10d), Fedai (WFL10a), Kevin (WLL10f), Luca (WFL10a), Marie-Sophie (WFL10d), Max (WFL10a), Maxim (WFL10a), Mia (WFL10d), Michael (WLL10f), Oskar (WFL10d), Robin (WFL10d), Sanel, Thomas (WLL10f), Judith Wolff (Ausschussmoderatorin).

Das Europäische Jugendparlament möchte die Balance zwischen Freizeit und Arbeit verbessern. Die Gesundheit der Arbeitnehmenden soll davon profitieren und die Produktivität bei der Arbeit steigen. Eine geringere Arbeitszeit pro Woche soll getestet werden,

weil

- Die wenigsten Menschen einen ganzen achtstündigen Arbeitstag über konzentriert arbeiten,
- Eine durchschnittliche 40h-Woche
 - Für weniger Gleichberechtigung in Familien sorgt, da Männer oft mehr arbeiten und dadurch weniger Zeit für den Haushalt und Kinder haben,
 - Zu weniger ehrenamtlichem Engagement führt;
- Sich lange Arbeitszeiten negativ auf die Gesundheit auswirken, da
 - Die Konzentration niedriger ist und so mehr Arbeitsunfälle passieren,
 - Arbeitnehmende gestresster sind und das Risiko für ein Burnout¹ steigt,
 - Weniger Zeit für Sport bleibt;
- Bei mehr Arbeitsstunden pro Woche die Anzahl an Krankheitstagen steigt.

¹ Ein **Burnout** ist eine sehr starke längere Phase von persönlichen Krisen, die durch zu viel Stress und häufig zu viel Arbeit ausgelöst wird.



Das Europäische Jugendparlament fordert

1. Flexiblere Pausen und Arbeitszeiten;
2. Die Einführung von Jahres- oder Monatsarbeitszeiten statt einer Wochenarbeitszeit;
3. Die verpflichtende Möglichkeit, bezahlten Urlaub für soziales Engagement nehmen zu können;
4. Die Einführung von verschiedenen Pilotprojekten², in welchen jeweils Modelle einer Arbeitszeitreform bei gleicher Bezahlung in unterschiedlichen Branchen über drei Jahre hinweg getestet werden, inklusive
 - a. Einer 4-Tage-Woche mit jeweils einem achtstündigen Arbeitstag,
 - b. Einer 4-Tage-Woche mit jeweils einem zehnstündigen Arbeitstag,
 - c. Einer 5-Tage-Woche mit jeweils einem sechsstündigen Arbeitstag;
5. Die Durchführung einer Studie³, um zu untersuchen, inwiefern zehn zusätzliche Urlaubstage pro Jahr zu einer Verringerung an Krankheitstagen führt.

2 Ein **Pilotprojekt** ist ein Projekt, das eine ganz neue Idee testet.

3 Eine **Studie** ist ein wissenschaftliches Experiment, um einen Sachverhalt zu erforschen, damit eine bessere Faktenlage für die Bearbeitung von Problemen existiert.



RESOLUTION DES AUSSCHUSSES FÜR BÜRGERLICHE FREIHEITEN, JUSTIZ UND INNERES (LIBE)

Rechtsruck im Kinderzimmer - Rechtsradikale wissen das Internet für sich zu nutzen und ihre Parolen finden häufig Anklang bei Jugendlichen. Obwohl soziale Medien wie Instagram, TikTok oder Facebook eine Fülle an Informationen bieten, finden sich viele Menschen online in begrenzten Filterblasen wieder. Wie Fallbeispiele aus der gesamten EU zeigen, tragen solche Dynamiken in gravierenden Fällen zu Gewaltakten oder Terroranschlägen bei. Welche Maßnahmen sollte die EU ergreifen, um gegen rechte Radikalisierung von Jugendlichen im Internet vorzugehen, ohne die Freiheit im Internet einzuschränken?

Eingereicht von: Auron (WFL10d), Martin (WFL10d), Julian (WLL10f), Niklas (WLL10f), Timm (WLL10f), Tobias (WLL10f), Aileen (WLL10f), Marco (WLL10a), Jennifer (WLL10a), Michelle (WLL10a), Patrick (WLL10a), Laura (WLL10a), Dominik (WLL10a), Elk Handschug (Ausschussmoderator).

Das Europäische Jugendparlament bezweckt die Gefahr, die durch rechte Hetze im Netz verursacht wird, zu verringern und Minderjährige besser davor zu schützen. Wir möchten versuchen, ein sicheres und friedlicheres Internet für alle zu schaffen,

weil

- Vor allem Minderjährige rechte Inhalte im Netz häufig nicht richtig einordnen können und besonders anfällig für entsprechende Radikalisierung sind,
- Junge Menschen in sozialen Medien häufig aktiver sind als Erwachsene, aber weniger politische Vorbildung besitzen als letztere,
- Sich Inhalte in sozialen Netzwerken deutlich schneller verbreiten als in herkömmlichen Medien und so eine größere Reichweite erzielen können,
- Die Anonymität von Nutzer*innen sozialer Netzwerke ermutigt zu radikaleren Aussagen und Verhaltensweisen, da sie mit keinen persönlichen Konsequenzen konfrontiert werden,
- Beleidigung, Hetze und andere verbotene Inhalte nur selten polizeilich verfolgt und rechtlich geahndet werden,
- Netzwerkbetreiber*innen gemeldete verbotene Inhalte häufig erst sehr spät oder überhaupt nicht entfernen.

Das Europäische Jugendparlament fordert

1. Ein Verbot für die Nutzung sozialer Medien für Kinder bis 12 Jahre;
2. Eine restriktive Nutzung sozialer Netzwerke für die Altersgruppen 13-16 Jahren, inklusive
 - a. Die Einstufung aller Konten dieser Altersgruppe als privat und damit nicht öffentlich zugänglich,
 - b. Die Verhinderung der dauerhaften Speicherung empfangener Bilder und Dateien,
 - c. Die Sperrung der Kontaktaufnahme durch Menschen, die nicht in der gleichen Altersklasse sind,
 - d. Die Sperrung des Zugangs zu rechtsextremen oder pornografischen Inhalten;



3. Die europaweite Einrichtung von Aufklärungskursen in Schulen, sowie einen “Führerschein für soziale Netzwerke”, für alle Kinder im Alter von 12 Jahren;
4. Eine verstärkte Sanktionierung der Eltern durch die zuständigen Behörden bei einem nachlässigen Umgang mit ihren Kindern in Bezug auf soziale Netzwerke;
5. Die Einführung einer verbindlichen Benutzeroauthentifizierung¹
 - a. Durch ein staatliches Ausweisdokument, welches bei Firmen und juristische Personen der Gewerbeschein sein kann,
 - b. Welche jedem Nutzer*innen ermöglicht, genau ein Konto in jedem sozialen Netzwerk zu erstellen,
 - c. Welche anderen Nutzer*innen Alter und Vornamen, sowie Kürzel der Nachnamen preisgibt,
 - d. Welche den Netzwerkbetreiber*innen ermöglicht, das Alter, den vollen Namen, die Handynummer, sowie persönliche E-Mail-Adresse von Nutzer*innen zu speichern,
 - e. Welche die Nachverfolgung bei Rechtsverstößen vereinfachen kann;
6. Die Einrichtung einer Kontrollbehörde für soziale Netzwerke mit der Aufgabe, die Löschung rechtsextremer Inhalte durch die Unternehmen sicherzustellen, mit der Befugnis
 - a. Im Falle der Nichtlöschung verbotener Inhalte Geldstrafen, je nach Prozentsatz der verbleibenden verbotenen Inhalte zu verteilen,
 - b. Bei besonders schwerer Nachlässigkeit der Unternehmen ein Betriebsverbot des Netzwerkes auszusprechen;
7. Eine Verpflichtung der Betreiberfirmen sozialer Netzwerke zum Ausbau ihres Support-Systems, auch unter Mithilfe von Künstlicher Intelligenz zur Vorsortierung rechtsradikaler Inhalte;
8. Eine verpflichtende Einführung eines Upload-Filters, der verbotene Inhalte bereits aussortiert, bevor diese auf die Plattformen gelangen;
9. Die Einführung einer 2-Faktor-Authentifizierung² bei der Erstellung eines Benutzer*innenkontos, welche in unregelmäßigen Zeitintervallen wiederholt wird;
10. Die Einführung und technische Sicherstellung eines Screenshot- und Speicherverbotes öffentlicher Inhalte in sozialen Netzwerken, der eine Weiterverbreitung und weitergehende Nutzung nach der Löschung verbotener Inhalte verhindert;
11. Eine Downloadsperrre sozialer Netzwerke auf dem Smartphone durch die Hersteller*innen, im Falle der Minderjährigkeit eines Nutzers.

1 **Benutzeroauthentifizierung** bedeutet, mit einer Maßnahme sicherzustellen, dass der vorgegebene Nutzer mit dem tatsächlichen Nutzer übereinstimmt.

2 **2-Faktor Authentifizierung** ist eine Sicherheitsmaßnahme, welche zwei unabhängige Maßnahmen benutzt, z.B. ein Passwort beim Log-In und zusätzlich eine SMS, die an die angemeldete Telefonnummer geschickt wird, um den Log-In zu bestätigen



RESOLUTION DES AUSSCHUSSES FÜR TOURISMUS UND TRANSPORT (TRAN)

Die Zukunft der Fortbewegung – Der Verkehrssektor ist in Deutschland für ungefähr ein Fünftel der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich und Autos mit Verbrennungsmotoren genießen einen hohen Stellenwert. Gleichzeitig ist die Fahrradinfrastruktur meist schlecht ausgebaut und Nah- und Fernverkehr mit Zügen und Bussen bieten nur eine unzureichende Alternative. In ihrer Mobilitätsstrategie hat die EU einen Ausbau der Elektromobilität bis 2030 angekündigt, doch Kritiker*innen bezweifeln, dass das ausreichen wird, um die Klimakrise abzuwenden. Was sollte die EU tun, um eine erfolgreiche Verkehrswende umzusetzen?

Vorgelegt von: Andreas (WLL10f), Arash (WFL10d), Bastian (WFL10d), Christopher (WLL10f), Fabian (WFL10d), Gabriel (WFL10d), Giorgio (WFL10a), Isabell (WFL10c), Jan (WLL10f), Jan (WLL10f), Lena (WFL10d), Max (WFL10c), Pietro (WFL10d), Ole Weichsel (Ausschussmoderator).

Das Europäische Jugendparlament möchte eine nachhaltige und gerechte Mobilität für alle Menschen ermöglichen, ohne sich dabei auf Elektromobilität zu fixieren. Insbesondere weitere Alternativen zum Auto mit Verbrennungsmotor, sowie die Mobilität von Menschen in ländlichen Gebieten sollen hierbei bedacht werden,

weil

- Der Betrieb von Elektroautos nicht nachhaltig ist, aufgrund von
 - Einem hohen Energieverbrauch,
 - Der umweltschädlichen Herstellung von Autobatterien;
- Autobatterien Rohstoffe enthalten, deren Gewinnung und Herstellung einen sehr hohen Endverkaufspreis herbeiführen,
- Der Mangel an Ladestationen die Nutzung von Elektroautos für lange Strecken einschränkt,
- Elektroautos aufgrund ihres leisen Betriebs eine hohe Unfallgefahr mit sich bringen,
- Das Schienennetz der Bahn sowohl unterfinanziert als auch unzureichend für das Verkehrsaufkommen ist,
- Der öffentliche Personennahverkehr in ländlichen Regionen nicht ausreichend ausgebaut ist,
- Hohe Kraftstoffpreise Mobilität für viele Menschen unerschwinglich machen,
- Zu viele Autos mit umweltschädlichen Verbrennungsmotoren verwendet werden,
- Bequemlichkeit oftmals dazu führt, dass auch kurze Strecken mit dem Auto zurückgelegt werden.



Das Europäische Jugendparlament fordert

1. Neben Elektroautos weitere Alternativen zu Autos mit Verbrennungsmotoren zu schaffen;
2. Den Bau von mehr Ladestationen an Autobahnraststätten und Tankstellen;
3. Mehr Zuschüsse für private Solaranlagen und Ladestationen;
4. Den umfangreichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere in ländlichen Regionen;
5. Die Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs zu erhöhen;
6. Ein höheres Gehalt für Mitarbeiter*innen des öffentlichen Personennahverkehrs, sowie mehr Ausbildungsplätze in diesem Bereich;
7. Die Steuern auf Kraftstoffe zu senken, um erschwingliche Mobilität zu fördern;
8. Die Erweiterung von Prämien für die Abgabe eines Autos mit Verbrennungsmotor, um die Anschaffung von Elektroautos zu fördern;
9. Sharing-Angebote für E-Scooter, Fahrräder und Autos sowie Fahrgemeinschaften insbesondere in ländlichen Regionen zu fördern;
10. Den Kauf von Fahrrädern mit günstigen oder kostenlosen Fahrradzusatzprodukten attraktiver zu machen;
11. Den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver zu gestalten, indem
 - a. Günstigere Tickets angeboten werden,
 - b. Eine Überfüllung von Bussen und Bahnen durch die Anschaffung größere Fahrzeuge vermieden wird;
12. Die Durchführung von Baustellen besser zu takten und so Vollsperrungen zu vermeiden.



RESOLUTION DES AUSSCHUSSES FÜR MENSCHENRECHTE (DROI)

Massengrab Mittelmeer - Während die meisten Bürger*innen in der EU in Sicherheit leben, wagen viele Menschen eine gefährliche Fluchtroute über das Mittelmeer, um in die EU zu gelangen. Alleine in den ersten 4 Monaten des Jahres 2023 sind fast 500 Menschen bei solch einer Überfahrt ums Leben gekommen. An den Außengrenzen der EU und in den einzelnen Mitgliedsstaaten stoßen die Überlebenden jedoch häufig auf Ablehnung, obwohl sich die EU der Wahrung der Menschenrechte und der Menschenwürde verpflichtet hat. Was sollte die EU tun, um die Sicherheit von Geflüchteten zu gewährleisten?

Vorgelegt von: Bilal (WLL10f), Dimos-Rafail (WLL10f), Jonas (WLL10a), Leon (WLL10a), Marion (WLL10f), Stefan (WFL10d), Timo (WFL10a), Marius Lauer (Ausschussmoderator).

Das Europäische Jugendparlament beabsichtigt, die Situation von Geflüchteten zu verbessern, die den gefährlichen Weg in Booten über das Mittelmeer wagen. Dazu sollen sowohl die Gründe für Flucht bekämpft werden, als auch in Seenotrettung und einen angemessenen Umgang mit Geflüchteten nach der Ankunft investiert werden,

weil

- Nicht alle Menschen in Seenot durch andere Schiffe gerettet werden,
- Regelmäßig Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken, nachdem überfüllte oder beschädigte Boote sinken,
- Die Mitgliedsstaaten und ihre Küstenwachen zur Rettung von Menschen in Seenot rechtlich und moralisch verpflichtet sind,
- Zivile Seenotretter mit dem Vorwurf des Menschen-smuggels konfrontiert werden, und deswegen
 - Wiederholt die Einfahrt in europäische Häfen verweigert wird,
 - Einzelne zivile Seenotretter*innen inhaftiert werden;
- Aufnahmelager überfüllt sind und die Versorgung der Geflüchteten häufig schlecht ist,
- Die Bearbeitung von Asylanträgen lange Wartezeiten für Geflüchtete bedeutet,
- Abgeschlossene Bildungsabschlüsse und Qualifikationen nicht immer von der EU anerkannt werden,
- Geflüchtete nach der Ankunft mit Rassismus und Vorurteilen konfrontiert werden.



Das Europäische Jugendparlament fordert

1. Den Einsatz von mehr durch die Mitgliedsstaaten finanzierten Schiffen zur Rettung von Menschen in Seenot;
2. Dazu auf, zivile Seenotretter
 - a. Nicht bei der Rettung von Geflüchteten zu hindern,
 - b. Nicht zu bestrafen und einzusperren;
3. Aufnahmelager nicht zu überfüllen und bei Bedarf die Errichtung von neuen Einrichtungen;
4. Die Verkürzung von Bearbeitungszeiten der Anträge durch
 - a. Eine gleichmäßige Verteilung der Geflüchteten auf mehrere Länder,
 - b. Die Einstellung von mehr Personal;
5. Einen besseren Zugang zu Sprachkursen und weiterer persönlicher Förderung für Geflüchtete durch die europäischen Staaten;
6. Eine Sensibilisierung der europäischen Bevölkerung für mehr Akzeptanz der Geflüchteten;
7. Den Abschluss von Verträgen zwischen der EU und Herkunftsländern, um
 - a. Finanzielle Mittel für den Ausbau von Infrastruktur in den Herkunftsländern bereitzustellen,
 - b. Die Zusammenarbeit durch den Einsatz von Experten zu fördern.



RESOLUTION DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELTFRAGEN, ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT (ENVI)

Essen für die Tonne - Fast ein Drittel unserer Lebensmittel landet im Müll. Gleichzeitig können sich viele Menschen in der EU keine nahrhafte Mahlzeit leisten.

Lebensmittelverschwendungen ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch wirtschaftlich und im Sinne des Klimaschutzes ein Desaster. Was sollte die EU unternehmen, damit in Zukunft weniger Lebensmittel im Müll landen?

Vorgelegt von: Dayana (WLL10a), Dimitri (WFL10a), Justin (WFL10d), Maximilian (WFL10a), Michael (WLL10f), Niclas (WLL10a), Rico (WLL 10a), Toni (WFL10d), Paul Pazzini (Chairperson).

Das Europäische Jugendparlament möchte die negativen Konsequenzen von Lebensmittelverschwendungen auf nachhaltige Weise verringern. Insbesondere sollte die mit Nahrung verbundene vielfältige Ressourcenverschwendungen unterbunden werden und die Gesellschaft über dieses Problem aufgeklärt werden,

weil

- Private Haushalte in der gesamten EU mehr als 50 %¹ der Lebensmittelverschwendungen verursachen,
- Ein genereller Mangel an Wertschätzung für Lebensmittel herrscht, insbesondere für solche, die ihr Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) überschritten haben,
- Es die Gesetzeslage um das MHD Lebensmittelunternehmen erschwert, abgelaufene Lebensmittel weiterzugeben,
- In der Herstellung von Lebensmitteln Ressourcen wie Wasser, Arbeitskraft, Geld, Boden, Verpackungsmaterial und Düngemittel involviert sind, die durch Lebensmittelverschwendungen ebenso verschwendet werden,
- Transportwege von nicht saisonalen Lebensmitteln häufig ressourcenintensiv sind und die Nahrungsmittel ebenfalls weggeworfen werden,
- Die unnötige Entsorgung und der Transport von Lebensmitteln den Klimawandel vorantreiben,
- In privilegierten Teilen der Welt wie der EU eine Überproduktion an Lebensmitteln herrscht.

¹ "Food Waste and Food Waste Prevention - Estimates" Eurostat, 2023,
https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Food_waste_and_food_waste_prevention_-_estimates&stable=0&redirect=no#Amounts_of_food_waste_at_EU_level



Das Europäische Jugendparlament fordert

1. Bildungs- und Werbekampagnen zur
 - a. Aufklärung des Problems der Lebensmittelverschwendungen,
 - b. Ermutigung des Kaufs von lokalen, saisonalen und ressourcenschonenden Lebensmitteln;
2. Eine Förderung von Bürger*innen, die ihr Essen zum Teil oder ganz selbst anpflanzen und abgelaufene Lebensmittel weiterverarbeiten;
3. Eine Preisreduktion von fast abgelaufenen Nahrungsmitteln;
4. Von der Industrie, auf nachhaltige, weniger ressourcenintensive Verpackung zu setzen und diese so weit wie möglich zu verringern;
5. Die Umsetzung von nachhaltigen Transportwegen und Ressourcennutzung durch z.B. die Nutzung von Ökostrom, um einen weniger negativen Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft auszuüben;
6. Unternehmen auf, Lebensmittel möglichst zu spenden, um damit zumindest Tierfutter oder Düngemittel herstellen zu können;
7. Nicht-saisonale Ware durch Zölle o.Ä. zu verteuern;
8. Einen auf den Bedürfnissen der Gesellschaft basierenden, geplanten Anbau von Lebensmitteln, damit so wenig wie möglich überproduziert wird.



RESOLUTION DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG (ECON)

Gleicher Grundgehalt für alle? - Während in der EU viele Menschen mit inflationsbedingt hohen Preisen zu kämpfen haben, gibt es immer mehr Reiche. Des Weiteren versperrt ein Mangel an Geld vielen Bürger*innen einen Zugang zu sozialer Teilhabe. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen liegt ein Alternativvorschlag, um die Schere zwischen Arm und Reich teilweise zu schließen, bereits auf dem Tisch, doch von vielen Seiten wird er als utopisch kritisiert. Welche Maßnahmen sollte die EU unternehmen, um Armut zu bekämpfen?

Vorgelegt von: Adin (WFL10a), Ajdin (WLL 10a), Avny (WLL10a), Babli (WLL10a), Ben (WFL10d), Bruno (WLL10a), Constantin (WFL10a), David (WLL10f), Davit (WFL10d), Dimitros (WLL10f), Justin (WLL10a), Kevin (WLL10f), Leonie (WFL10a), Nemanja (WFL10a), Naomi Schwarz (Ausschussmoderatorin)

Das Europäische Jugendparlament beabsichtigt, Armut in der EU systematisch und nachhaltig zu bekämpfen. Besonders setzt sich das Europäische Jugendparlament für die Unterstützung von betroffenen Minderheiten ein und beabsichtigt in die Forschung von innovativen Ideen zur Armuts- und Ungleichheitsbekämpfung zu investieren,

weil

- Die Armutsquote mit 21,7 %¹ in der EU zu hoch ist,
- Die aufgrund der Energiekrise und hoher Inflation gestiegenen Preisen viele Haushalte weiter belasten,
- Die Armutsbekämpfung auf der Agendasetzung² europäischer Politik unzureichend vertreten ist,
- Regierungen Steuermittel für Bürger*innen nicht erkennbar transparent verwenden,
- Frauen, spezifisch alleinerziehende Mütter, stärker von Armut betroffen sind,
- Europaweite Pilotprojekte zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)³ fehlen, sodass keine Aussage über dessen Wirksamkeit gemacht werden kann.

1 "Living Conditions in Europe", Eurostat, 2021, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Living_conditions_in_Europe_-_poverty_and_social_exclusion.

2 **Agendasetzung** bezeichnet die Rangordnung konkreter Themenschwerpunkte in der Politik.

3 Das **Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)** ist als ein neues Instrument des Staates gedacht, durch dessen Einführung alle Bürger*innen monatlich einen existenzsichernden Geldbetrag erhalten. Es ist bedingungslos, da die Auszahlung nicht von einer Bedürftigkeitsprüfung abhängt.



Das Europäische Jugendparlament fordert

1. Den weiteren Ausbau von Sozialprogrammen für von Armut betroffene Bürger*innen;
2. Verstärkte finanzielle Unterstützung, Lebensmittelgutscheine oder Zuschüsse für Energiekosten für arme Familien während Krisensituationen;
3. Politiker*innen dazu auf, sich mehr mit Armut auseinanderzusetzen, indem
 - a. Sie von Armut betroffene Gegenden besuchen,
 - b. Sie mit von Armut betroffenen Menschen sprechen;
4. Komplette Transparenz und Erläuterungen zu der Verwendung von Steuermitteln in zugänglichen Medien;
5. Die finanzielle Gleichstellung von Mann und Frau, indem
 - a. Konkrete Maßnahmen zur Schließung der Gender Pay Gap⁴ beschlossen werden,
 - b. Förderprogramme für alleinerziehende Mütter in Kraft gesetzt werden;
6. Die Durchführung von Pilotprojekten zur Umsetzung des BGE, welche
 - a. Finanziell gefördert werden,
 - b. Sorgfältig bewertet werden, um konkrete europaweite Vorschläge auszuarbeiten.

⁴ Der **Gender Pay Gap** bezieht sich auf die durchschnittliche Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, die auf geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Bezahlung von Arbeit beruht.



MITMACHEN

Dir gefällt unser Azubi- und Schülerforum in Nürnberg 2023 und Du möchtest auch nach der Sitzung beim EYP weitermachen?

Du bist bei uns mehr als willkommen! Hier haben wir Dir eine kleine Übersicht zusammengestellt, wie Du weitermachen kannst.



In Deutschland

Nationaler Auswahlprozess;
Azubi- und Schüler Foren;
Trainings;
Arbeitsgruppen;
Vereinshangout



...und in ganz Europa

(auf Englisch)
Regionale und Nationale
Sitzungen einzelner Länder;
Internationale Foren,
Trainings & Sitzungen



Positionen (auch ohne Vorerfahrung möglich):

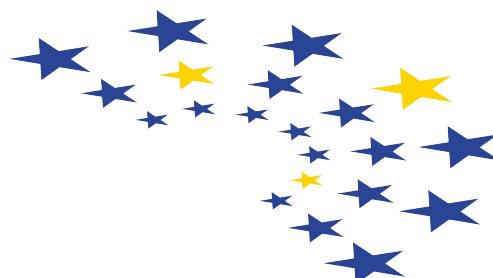
Projektmitarbeitende
Journalisten
Ausschussmoderation
Delegierte



Bei Fragen melde dich immer gerne bei mitmachen@eyp.de. Wir sind stets bemüht für Dich die ideale Sitzung und Position zu finden. Wir können dich auch zum Mailverteiler des Vereins hinzufügen, so erfährst du immer über alle Neuigkeiten und Ausschreibungen in EYP Deutschland.



E-Mail Vorlage



EUROPEAN YOUTH PARLIAMENT
DEUTSCHLAND GERMANY